



Antrag

der Fraktion der FDP

Zahlungspflicht bei Polizeieinsätzen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, Personen, die das Demonstrationsrecht durch Grenzüberschreitung missbrauchen, mit den entstehenden Kosten zu belegen.

Begründung:

Derzeit werden die Aktionen der "Letzten Generation" mehr als kritisch beleuchtet. Mit ihren Aktionen bedrohen sie immer mehr die öffentliche Ordnung, indem sie unter anderem Straßen so blockieren, dass Krankenwagen an der Durchfahrt gehindert werden und im Stau stehen. Auffallend ist hierbei, dass die Aktivisten wohl nicht zur Zahlung der Einsätze herangezogen werden, obwohl eine Rechtsgrundlage in §§ 1 S. 1 Nr. 6 und §7 VVKVO iVm § 204 LVwG besteht. Hier ist die Landesregierung in der Pflicht, nachzuarbeiten und eine klare Position zugunsten des Rechtsstaates einzunehmen.

Christopher Vogt
und Fraktion